

1. Einleitung

1.1 Hinleitung zum Thema

Der Ausbruch der US-Immobilienkrise 2007 und der darauffolgende Kollaps der US-Investmentbank Lehman Brothers 2008 führten Ende der 2000er Jahre zur schwersten internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise seit der großen Depression der 1930er Jahre. In Europa verdichtete sich die globale Finanzkrise ab 2009 zu einer »Krise der Eurozone« (Sotiris 2012; s.a. Sakellariopoulos 2010: 323; Lange 2011: 7; Kritidis 2013), in deren Rahmen die EU-Staaten Portugal, Irland, Spanien und Griechenland in tiefe Staatsverschuldungen geraten sind¹. In Griechenland, das bereits vor der Finanzkrise hoch verschuldet war, wirkte sich die Staatsverschuldung besonders verheerend aus (Kritidis 2011: 37; Vasilopoulou et al. 2014: 388; Stavrakakis 2014: 509; Freire et al. 2014: 413). Um einen drohenden Staatsbankrott abzuwenden, sah sich Griechenland ab Anfang 2010 gezwungen, die EU um Finanzhilfen zu bitten. Daraufhin wurde Griechenland von der sogenannten Troika, bestehend aus EU-Kommission (EK), Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfonds (IWF), in Form von Lohn-, Stellen- und Ausgabenkürzungen und Privatisierungsmaßnahmen ein harsches »Strukturanpassungsprogramm« (European Commission 2010a: 20) verordnet. Die Krisenmaßnahmen, deren Implementierung mit einer internen Abwertung und einer Aushöhlung von nationalen Souveränitätsrechten und Arbeitsrechten einherging, führten in Griechenland zu gesellschaftlich

1 Gemeinsam war den Krisenstaaten in den Medien schon bald das hässliche Akronym »PIIGS« – zusammengesetzt aus den Anfangsbuchstaben der Länder –, das in den Medien auf die individuelle Selbstverschuldung und Faulheit sowie eine weit verbreitete Korruption und eine Verschleppung struktureller Reformen der einzelnen Staaten hinweisen sollte (Lange 2011: 7; Hartmann 2011: 43; Vasilopoulou et al. 2014: 389; Graeber 2011: 229). Entgegen dieser These von der Eigenverantwortung sind die Ursachen für die Staatsschuldenkrisen in den vier EU-Staaten Portugal, Irland, Spanien und Griechenland vor allem auch auf strukturelle Ungleichgewichte innerhalb der Eurozone zurückzuführen. Diese haben gravierende Differenzen in der Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit einzelner Mitgliedstaaten zur Folge (Sotiris 2012; Lapavistas 2010: 293; Hartmann 2011: 52). So verschlechterte sich die Wettbewerbsfähigkeit Griechenlands und die anderer Krisen-Staaten seit dem Eintritt in die EU enorm, während einige Staaten, insbesondere Deutschland, ihre »Wettbewerbspositionen« immens verbessern konnten (De Grauwe 2012: 1; Hartmann 2011: 50–53).

weitreichenden Massenmobilisierungen. Im sozialwissenschaftlichen Diskurs wurden diese und andere europäische Proteste der 2010er Jahre, als »Krisenproteste« bezeichnet (Malamatinas 2011; Birke/Henninger 2012; Huke 2016; Mullis 2017). Während 2010 vorrangig gewerkschaftlich organisierte Demonstrationen und Generalstreiks stattfanden, veränderte sich der Widerstand gegen die Krisenpolitik ein Jahr später. Ende Mai 2011 besetzten mehrere hunderttausend Menschen in griechischen Großstädten wochenlang öffentliche Plätze. Anders als bei den Frühjahrsprotesten 2010, hinterfragte die »Platzbewegung 2011« (Köse 2015) dabei nicht nur die seit 2010 implementierten Krisenmaßnahmen. Die Bewegung formulierte auch eine grundsätzliche Kritik an der repräsentativen Demokratie. Ihrer Demokratiekritik verliehen die Platzbesetzer*innen in zweierlei Form Ausdruck. Zum einen, indem sie Gewerkschaften, Parteien und andere Institutionen von einer Teilnahme in den Platzbesetzungen ausschlossen, zum anderen, indem sie auf den besetzten Plätzen direktdemokratische Gegenmodelle im Kleinen erprobten (Stavrides 2012, Tsomou 2018). Im Anschluss an die Platzbesetzungen 2011 entstanden landesweit Nachbarschaftsversammlungen und andere selbstorganisierte Projekte. Ab Herbst 2011 kam es zusätzlich zu den Platzbesetzungen zu einer Welle von Betriebsstreiks und -besetzungen, die weitgehend ohne die Unterstützung von Gewerkschaften organisiert wurden (Pittas 2014). Von den teilweise mehrere Monate andauernden Betriebsbesetzungen führten einige zur dauerhaften Selbstverwaltung von Betrieben. Während Demonstrationen und Generalstreiks ab Sommer 2012 in immer geringerem Maße stattfanden, nahm die Zahl selbstorganisierter Initiativen und Projekte zu. In dem Versuch, unterschiedliche, infolge der Krisenpolitik gewachsene gesellschaftliche Bedarfe zu decken, entstand eine Vielzahl selbstorganisierter Solidaritätsinitiativen und Sozialgenossenschaften (Petropoulou 2013; Rakopoulos 2013). Einen letzten Aufschwung erlebten die Krisenproteste nach der Regierungsübernahme durch die politischen Parteien Koalition der Radikalen Linken (*Synaspismos Rizospastikis Aristeras*, kurz: SYRIZA) und Unabhängige Griechen (*Anexartites Ellines*, kurz: ANEL) im Januar 2015, bevor die 2008 begonnenen Krisenproteste im Juli 2015 endeten.

1.2 Forschungsinteresse und -relevanz

Der Untersuchungsfokus dieser Arbeit richtet sich auf die Krisenproteste und demokratischen Selbstorganisationsprozesse in Griechenland zwischen 2008 und 2015. Mein Forschungsinteresse an dieser Thematik intensivierte sich im Rahmen meiner Masterarbeit »Die Dezember-Ereignisse 2008 in Griechenland – Entstehung und Wirkungen der Proteste« (Köse 2011). Im Rahmen meiner Forschung untersuchte ich die Entstehungshintergründe und Wirkungen der Dezemberproteste 2008. Dabei kam ich zu der Erkenntnis, dass sich die »Dezemberbewegung 2008« (Köse 2011) durch besondere Merkmale auszeichnete, die sie von den – zumindest in Europa – weitgehend reformorientierten, sich in die institutionelle Politik einmischenden sozialen Bewegungen der 1990er Jahre (Rucht 1999: 18–20) deutlich unterschied. Anstelle eines homogenen ideologischen und sozialstrukturellen Profils setzte sich die Bewegung sehr vielfältig zusammen. An den Protesten beteiligten sich insbesondere viele junge, protestunerfahrene Menschen, die zum Zeitpunkt der Proteste von unsicheren Beschäftigungsverhältnissen bedroht

oder betroffen waren und sich aus diesem Grund von den politischen Institutionen nicht repräsentiert fühlten. Anstatt Forderungen an den Staat zu stellen, hinterfragten diese Protestteilnehmenden das politische System als solches. Da sich ihre Kritik auch gegen institutionalisierte Protestakteur*innen wie Gewerkschaften und Parteien richtete, wurden die Proteste weitgehend selbstorganisiert durchgeführt. So besetzten Protestteilnehmende im Dezember 2008 kurzzeitig über 1000 öffentliche Institutionen im ganzen Land, in denen die Protestierenden Versammlungen abhielten und gemeinsam Protestaktionen planten. Im Anschluss an die Proteste etablierten sich in vielen griechischen Großstädten selbstorganisierte Nachbarschaftsversammlungen, selbstverwaltete Grünflächen und Basisgewerkschaften (Köse 2011).

Im Rahmen meiner empirischen Untersuchungen zeigte sich, welche Relevanz die Dezemberbewegung 2008 für die sozialen Bewegungen in Griechenland bis heute besitzt. Sie dient ihnen als ein »Referenzpunkt«² (Dalakoglou/Vradis 2011a: 14); und auch wenn die Bewegung bereits vor dem Ausbruch der griechischen Staatsschuldenkrise entstand, wird sie in Griechenland von Aktivist*innen und von vielen Sozialwissenschaftler*innen dem Zyklus der griechischen Krisenproteste zugerechnet. Viele griechischsprachige Sozialwissenschaftler*innen deuteten die Bewegung als das erste Symptom einer staatlichen »Legitimationskrise« (TPTG 2009: 115; Bratsis 2010; Kallianos 2014: 67). Manche Sozialwissenschaftler*innen interpretierten sie sogar als ersten politischen Ausdruck der globalen Wirtschaftskrise 2007/2008 (Matsas 2010: 51; Sotiris 2010: 203). Tatsächlich kann die Dezemberbewegung rückblickend als erster Baustein eines neuen globalen Protestzyklus betrachtet werden (Dalakoglou/Vradis 2011a: 14). Denn zwei Jahre nach den Dezemberprotesten formierten sich weltweit soziale Bewegungen, die in ihren Merkmalen der griechischen Dezemberbewegung 2008 stark ähnelten. Ähnlich wie die griechische Dezemberbewegung wiesen die »Platzbewegungen« (Stavrides 2012), die im Winter 2010/2011 in Nordafrika begannen und sich innerhalb mehrerer Monate auf Europa, Israel und die USA ausbreiteten, einen hohen Selbstorganisierungsgrad auf und verweigerten zu einem Großteil die Kooperation mit politischen Parteien und Gewerkschaften. Sie hinterfragten Formen der politischen Repräsentation und experimentierten auf öffentlichen Plätzen auf sehr praktische Weise mit alternativen Gesellschaftsformen (Castells 2012: 115; Lorey 2012). Die Platzbewegungen 2011 legten somit nahe, dass prekäre Arbeits- und Lebenssituationen auch in anderen Ländern zur Formierung von systemkritischen Protestbewegungen beitragen können.

Mit Blick auf die Entwicklungen von Protesten in Griechenland und in der Welt allgemein stellten sich zum Zeitpunkt der Fertigstellung meiner Masterarbeit im Sommer 2011 somit weitere Fragen, denen ich im Rahmen einer weiterführenden Auseinandersetzung mit Protestereignissen und sozialen Bewegungen nachgehen wollte. Dabei empfand ich es als sinnvoll und spannend, die Forschung zu sozialen Bewegungen und Protest im Kontext Griechenlands fortzuführen, da die politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Griechenland seit Beginn der Staatsschuldenkrise im Frühjahr 2010 besonders brisant und weitreichend waren. Wie weiter

2 Bis auf einige Kapitelüberschriften, wurden alle fremdsprachigen (Interview-)Zitate in dieser Arbeit von mir ins Deutsche übersetzt.

oben ausgeführt, entstanden und verstetigten sich in Griechenland infolge der Platzbesetzungen 2011 verschiedene selbstorganisierte Projekte. Anders als 2008, hatten sich die Selbstorganisationsprozesse 2011 auf die Betriebe ausgeweitet und teilweise zur Selbstverwaltung von Arbeitsplätzen geführt. Für mich stellten sich in diesem Zusammenhang folgende Fragen: Welche langfristigen Strukturen sind durch Selbstorganisationsprozesse in Griechenland entstanden? Welche Faktoren haben neben einer wachsenden sozialen Not die Entstehung der Strukturen begünstigt? Welche Rolle spielten Proteste und soziale Bewegungen in Hinblick auf die Entstehung der Projekte? Wie versuchten Akteur*innen der sozialen Bewegungen in Griechenland Gesellschaft bzw. gesellschaftliche Teilbereiche dauerhaft umzugestalten? Welche gesellschaftsverändernden Ansprüche erhoben sie dabei? Welche transformatorischen Potentiale weisen die entstandenen Strukturen auf?

Diesen Fragen möchte ich nachgehen, indem ich die Proteste und Selbstorganisationsprozesse im Kontext der politischen, sozialen und ökonomischen Krise in Griechenland (Untersuchungszeitraum 2008–2015) untersuche. Neben einer möglichst umfangreichen Beschreibung der Protestereignisse, möchte ich untersuchen, wie aus den Krisenprotesten und den damit verbundenen Selbstorganisationsprozessen verschiedene Strukturen hervorgegangen sind, wie diese sich verstetigt haben und welche transformatorischen Potentiale diese aufweisen. Dabei möchte ich insbesondere die Praktiken der sozialen Bewegungen in Griechenland in den Blick nehmen. Als Akteur*innen der sozialen Bewegungen in Griechenland betrachte ich in dieser Arbeit eine Vielfalt an Protestakteur*innen, die sich an den Krisenprotesten (2008–2015) beteiligt haben. In Kapitel 2 erfolgt eine ausführlichere theoretische Auseinandersetzung mit dem Begriff der sozialen Bewegungen ebenso wie mit dem Begriff der demokratischen Selbstorganisation, mit dem ich mich auf die die Praktiken der sozialen Bewegungen in Griechenland beziehe, die zur Gründung und Verstetigung verschiedener selbstorganisierter Strukturen beigetragen haben.

Ziel der Arbeit ist es, einen tiefen Einblick in die jüngeren Protestereignisse und Selbstorganisationsprozesse in Griechenland zu liefern und zu zeigen, dass es neben einer sozialen Not, vor allem die selbstorganisierten und transformatorischen Praktiken der sozialen Bewegungen in Griechenland gewesen sind, die zur Entstehung und Verstetigung langfristiger Strukturen in verschiedenen Teilbereichen der Gesellschaft beigetragen haben. Die Auseinandersetzung mit den Entwicklungen in Griechenland ist wichtig, weil diese in einen globalen Kontext eingebettet sind. Vor dem Hintergrund von Umweltkatastrophen, Pandemien, Kriegen und »multiplen Krisen« des Kapitalismus (Demirovic et al. 2011) stellt sich die drängende Frage nach gesellschaftlichen Gegenentwürfen, ihrer Ausgestaltung und ihren transformatorischen Potentialen aktuell nicht nur für Griechenland, sondern auch für andere Länder. Zumindest in der deutschsprachigen wissenschaftlichen Debatte werden gesellschaftliche und ökologische Alternativen seit der Corona-Pandemie und dem Beginn des Russischen Angriffskriegs auf die Ukraine vermehrt diskutiert, wie u.a. die steigende Anzahl wissenschaftlicher Tagungen und Konferenzen zum Thema zeigt³.

3 Zwei Beispiele sind der im Rahmen der Sektion für Politische Theorie und Ideengeschichte der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW) organisierte internationale Kongress »Po-

1.3 Fragestellungen

Die folgenden Fragen stehen im Zentrum meiner Untersuchung:

1. Welche langfristigen Strukturen sind durch demokratische Selbstorganisation in Griechenland (2008–2015) entstanden?
2. Welche transformatorischen Potentiale weisen die entstandenen Strukturen auf?

1.4 Aufbau der Arbeit

Nach einer im *ersten Kapitel* erfolgten Einführung in die Thematik schaffe ich im *zweiten Kapitel* dieser Arbeit einen Überblick zum aktuellen Forschungsstand. Im *dritten Kapitel* stelle ich den empirischen Zugang und das methodische Vorgehen vor. In den nachfolgenden sechs Kapiteln stelle ich die Krisenproteste und Selbstorganisationsprozesse in Griechenland (2008–2015) in chronologischer Reihenfolge vor. Jedes dieser Kapitel beschreibt eine eigene Protestperiode. Im *vierten Kapitel* widme ich mich der Dezemberbewegung 2008, die sich durch ein grundsätzliches Hinterfragen der bestehenden Ordnung und ein hohes Maß an Selbstorganisierung auszeichnete. Im *fünften Kapitel* untersuche ich den Widerstand zwischen Frühjahr 2010 und Frühjahr 2011. Dieser richtete sich gegen die ersten Krisenmaßnahmen und wurde vorrangig von institutionalisierten Protestakteur*innen organisiert. Im *sechsten Kapitel* analysiere ich die Platzbewegung 2011, die mit ihrer Kritik an der politischen Repräsentation und ihren praktischen Versuchen direkter Demokratie einen programmatischen Wendepunkt der Krisenproteste darstellte. Im *siebten Kapitel* untersuche ich die Vielzahl an Betriebsstreiks im Herbst 2011, in deren Rahmen sich die Selbstorganisierungsprozesse auf die Arbeitsplätze ausweiteten. Im *achten Kapitel* stelle ich dar, wie ab Sommer 2012 eine Vielfalt selbstorganisierter Projekte gegründet wurde und welche langfristigen Strukturen dabei entstanden. Im *neunten Kapitel* analysiere ich die kurze Periode zwischen Januar und Juli 2015, in der sich der Widerstand gegen die Krisenmaßnahmen zunehmend institutionalisierte. Schließlich untersuche ich im *zehnten Kapitel* im Rahmen von vier Fallstudien unterschiedliche Formen demokratischer Selbstorganisation, die während der Krisenproteste (2008–2015) entstanden. Fokussiert bespreche ich neben der Entstehungsgeschichte der Projekte, auch ihre Arbeitsweise sowie ihre transformatorischen Potentiale. Im *elften Kapitel* fasse ich die wesentlichen Ergebnisse der Untersuchung zusammen, werfe einen Blick auf aktuelle Entwicklungen in Griechenland und zeige, an welcher Stelle weiterer Forschungsbedarf besteht.

litical Theory in Times of Uncertainty« in Bremen im September 2023 und die von mehreren Arbeitsgruppen und Initiativen initiierte Konferenz »Vergesellschaftung: Strategien für eine demokratische Wirtschaft« in Berlin im Oktober 2023.

